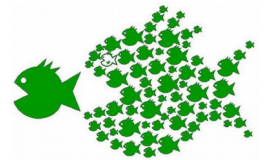


Piranja



Informationen und Neues aus der Lokalföderation der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Bielefeld, August 2018, Nr. 3 (neue Folge)



FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION BIELEFELD

bielefeld.fau.org | faubi-kontakt@fau.org

Frontalangriff auf Lohn und Arbeitszeiten im Einzelhandel

Freitag, der 13. - Gegen Real / Metro AG

Das Metro Management will noch im Juni 2018 alle Beschäftigten in die konzern-eigene Tochter real GmbH (ehemals Metro Services GmbH) überführen und dabei Löhne senken und Arbeitszeiten verlängern. Ziel ist eine faktische Lohnsenkung von bis zu 30%, also ein Frontalangriff, der auch andere Einzelhandelsketten zur Nachahmung animieren dürfte. Einen so genannten Zukunftstarifvertrag, den ver.di nach Streiks 2016 zähneknirschend unterschrieben hatte, kündigte das Management im März 2018. Real wechselte zum Unternehmerverband »Arbeitsbedingungen im Handel und Dienstleistungsgewerbe« (AHD), der 1987 vom Metro-Vorläufer Asco gegründet worden war. AHD schließt Dumping-Tarifverträge mit der gelben Pseudo-Gewerkschaft DHV ab.



Umgehung von Gesetzen: Equal Pay für Leiharbeit? Nicht bei Real.

Real setzt verstärkt auf Werkverträge und Leiharbeit, auch in Kernbereichen wie den Kassen. Die Equal-Pay-Regelungen (gleicher Lohn für gleiche Arbeit), die die SPD mit ihrer Arbeitsministerin Nahles im April 2017 im Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz (AÜG) verankern konnte, unterläuft Real mit einem simplen wie schamlosen Trick. Der gleiche Lohn für Leiharbeiter gilt laut AÜG nach neun Monaten Einsatz am selben Ort – Real entlässt nach acht Monaten. Die Mumme GmbH, deren Personal zu 98% bei Real arbeitet, stellt fortan nur noch

befristet für acht Monate ein.

Freitag, der 13. – Was soll das?

Der Stichtag Freitag der 13. hat sich in Deutschland als Tag des Widerstands gegen Union Buster und Fertigmacher etabliert und bereits einige Unternehmen durch öffentliche Aufmerksamkeit geschädigt. Er wird seit dem 13. März 2015 mit Aktionen begangen.

Böser Fluch? Image-Schäden, Kursstürze & Pleiten: Der Aktienkurs des Textil-Konzerns H&M war nach bundesweiten Aktionen und massiver Medienpräsenz am Freitag, 13. Oktober 2017 eingebrochen. Die Spielwarenkette Toys R Us, die am 13. 5. 2016 Ziel des Schwarzen Frei-

tags war, ist inzwischen insolvent.

Mehr Informationen

Dossier: Warum gehen wir am Schwarzen Freitag, 13. Juli 2018 gegen Real vor?, [aktion./arbeitsunrecht](https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/schwarzer-freitag/real), 10. Juni 2018

<https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/schwarzer-freitag/real>

Freitag13: Aktions-Verteiler und Übersicht, [aktion./arbeitsunrecht](https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/freitag13-newsletter) <https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/freitag13-newsletter>

Freitag13: Was bisher geschah, <https://arbeitsunrecht.de/freitag13/was-bisher-geschah/>

Schwarzer Freitag am 13.07.2018

Aktion der FAU Bielefeld gegen real

Die Genoss*innen der FAU Bielefeld waren am 13.07. gegen die Lohndrückerei bei *Real* unterwegs. Entschieden haben wir uns dafür, Flyer in den Regalen des Real-Marktes an der Teutoburger Straße in Bielefeld zu hinterlassen. In den Flyern wiesen wir auf die Vorgehensweise des Konzerns unter der Überschrift „AUSBEUTUNG IST real“ hin. Ziel war es, ein Bewusstsein für die Tariffucht, das Lohndumping, die Leiharbeit und die Umgehung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durch *Real*, zu schaffen. Die Metro AG versucht mit derartigen Praktiken, den Druck, Profite zu machen, auf die unteren Lohngruppen abzuwälzen. Das wollen wir nicht hinnehmen! Durch unser Logo wiesen wir darauf hin, dass es Möglichkeiten gewerkschaftlicher Selbstorganisation gibt. Dafür kann die FAU Bielefeld ein Ansprechpartner sein. Gemeinsam können wir uns effektiver gegen die Taktiken der Lohndrücker wehren. Einzelne Beschäftigte haben wenig Macht, um ihre "Arbeitgeber" (Wer gibt eigentlich die Arbeit ab?) zu höheren Löhnen und besserer Arbeit zu zwingen.

Hintergrund: AKTION//ARBEITSUNRECHT & UNION BUSTING

Die aktion//arbeitsunrecht ist ein Zusammenschluss von Menschen, die Maßnahmen seitens der Arbeitgeber*innen an die Öffentlichkeit bringen, die darauf abzielen, bestehende Rechte von abhängig Beschäftigten auszuhöhlen. Zu nennen wäre da z.B. das sogenannte UNION BUSTING, was wir als Gewerkschaftszerstörung übersetzen können. Da viele Bosse die Drecksarbeit gerne von Natur aus von anderen machen lassen, ist diese Praxis mittlerweile ein einträgliches Geschäft für darauf spezialisierte Kanzleien, die sich gut dafür bezahlen lassen, Arbeitgeber*innen zu schulen, es gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter*innen in der Firma möglichst schwer zu machen. Zum Handwerkszeug der UNION BUSTER gehören Dinge wie Einschüchterungen, Kündigungsdrohungen, Kündigungen, Bestechungen und andere Nettigkeiten. Firmen die solch einen Umgang mit ihren Untergebenen pflegen sind bspw. Amazon, Birkenstock, Legoland, Haticon, Nora Systems, United Parcel Systems, Charité/Vivantes, Neupack, Edeka, DURA Automotive Systems, Median und OBI. (Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Union_Busting-29.07.2018).

Professionalisiert darauf, Gewerkschaftsmitglieder*innen zum Frühstück zu verpeisen, haben sich Kanzleien wie Schreiber+Partner, auf deren Website sich Seminarangebote wie „Grenzen der Mitbestimmung“, „Störenfriede im Betrieb“ oder „Die Kündigung und der Umgang mit 'Low Performern'“ finden, oder auch der Arbeitsrechtler Helmut Naujoks, der es sich nicht nehmen lässt, auf seiner Seite im Web in der dritten Person vollmundig Folgendes von sich zu geben: „Rechtsanwalt Helmut Naujoks zählt zu den wenigen Anwälten im deutschen Arbeitsrecht, die konsequent und ausschließlich Arbeitgeberinteressen vertreten.“

Um nicht weiter in diesem Sumpf zu versinken: selber bilden macht schlau und vorzüglich geht das über <https://arbeitsunrecht.de/>, wo die eingangs erwähnte aktion//arbeitsunrecht Infos über das Thema UNION BUSTING und ihre öffentlichwirksame Aktion FREITAG der 13. gibt:

"An einem Freitag, den 13. sollte man

#FREITAG13
aktionen
gegen
arbeitsunrecht

nicht zu schnell arbeiten und auch keine wichtigen Geschäfte abwickeln. Vielleicht bleibt man sogar besser im Bett.

Die aktion./arbeitsunrecht hat sich vorgenommen, den Aberglauben in der deutschen Arbeitswelt rund um Freitag, den 13. zu nutzen.

Wir rufen den Schwarzen Freitag als Widerstandstag der arbeitenden Bevölkerung aus: Gegen Union Busting, Fertigmacher, Betriebsratsfresser, Lohndrücker und skrupellose Profit-Maximierer." (Quelle: [https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/freitag13-newsletter - 29.07.2018](https://aktion.arbeitsunrecht.de/de/freitag13-newsletter-29.07.2018))

Eben dieser Freitag der 13. fand aktuell am 13.07.18 statt. Im Vorlauf werden verschiedenen Firmen zur Wahl gestellt, die sich besonders durch oben beschriebenes Verhalten hervorgetan haben. Der oder die „Gewinner“ der Wahl werden dann am SCHWARZEN FREITAG mit Infoständen und ähnlichem besucht, um Kund*innen von dem seltsamen Verständnis zu berichten, welches im jeweiligen Betrieb über Arbeitsrechte vorherrscht.

Faubi13

Bildungssektion Berlin zum Streik für einen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten

Neues vom Streik an den Unis

Drei Wochen Streik, Besetzungen, direkte Aktionen, Polizeieinsätze... Die Ereignisse im Kampf um einen neuen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten, den TV Stud III, überschlagen sich. Die News der letzten Tage fassen wir in diesem kurzen TVStupdate aus Perspektive einer kämpferischen Basisgewerkschaft zusammen.

Das ist der längste Streik an Berliner Unis seit ... ja, seit wann eigentlich? Niemand weiß es so genau, denn Streiks an der Uni, das widerspricht ja eigentlich dem gängigen akademischen Arbeitsverständnis, das die Selbstaussbeutung im neoliberalen Wissenschaftssystem als Selbstverwirklichung verkennt. Aber die TV-Stud-Kampagne zeigt, was die erfolgreiche Gründung von unter_bau in Frankfurt bereits länger hat vermuten lassen: Arbeitskampf von unten an deutschen Unis – das ist durchaus möglich.



Der Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin hat sich inzwischen zu einem nun fast dreiwöchigen Streik ausgeweitet, nachdem die Hochschulen die Tarifverhandlungen Ende Mai de facto hatten platzen lassen. Dieser Streik dauert in-

zwischen also länger an als der Tutor*innen-Streik von 1986, in dem der bis Ende 2017 gültige Tarifvertrag TV Stud II erkämpft wurde. Vergangene Woche kam es dann zu einem „Vermittlungsgespräch“, angesetzt von Steffen Krach, dem Staatssekretär für Wissenschaft Berlins. Daran nahmen neben Krach und Mitgliedern der TV-Stud-Tarifkommission auch Präsident*innen einzelner Hochschulen teil. Das waren also auf Arbeitgeber*innenseite andere Gesichter als sonst – in den Verhandlungen hatten die studentischen Beschäftigten sonst meist mit den Personalchef*innen der einzelnen Unis und dem Kommu-

nalen Arbeitgeberverband zu tun. In diesem Gespräch wurde erstmals diskutiert, dass die jährlichen prozentualen Lohnsteigerungen des Tarifvertrags der Länder (TV-L) auch auf die Löhne der studentischen Beschäftigten angewendet werden. Die TV-L-Ankopplung ist eine Forderung der Kampagne, die die Hochschulen beim Abbruch der Verhandlungen noch als in-diskutabel bezeichnet hatten. Dass die Hochschulen sich also auch bei Themen bewegen, die vorher kategorisch ausgeschlossen wurden, zeigt, dass die Streiks zusammen mit den direkten Aktionen trotz Dementi der Hochschulen mit der Zeit

doch ihre Wirkung zeigen. Was die direkten Aktionen betrifft: Die Streikenden sind nämlich nicht nur der Arbeit fern geblieben, sondern haben die Hochschulen – und die Politik – immer wieder an empfindlichen Punkten zur Rede gestellt. So zum Beispiel bei der prestigeträchtigen Auftaktveranstaltung der Langen Nacht der Wissenschaften, wo die Streikenden sich die Bühne mit der Forderung nahmen, dass die anwesenden Hochschulvertreter*innen und Politiker*innen – darunter Michael Müller und Steffen Krach – sich zur TV-L-Ankopplung bekennen (#Indwtf). Oder wie zuletzt bei der Besetzung des Audimax der TU Berlin (#tubesetzt), welche das TU-Präsidium schließlich trotz Gesprächsangebot von Seiten der Besetzenden durch die Polizei räumen ließ. Diese Reaktionen zeigen: Der Streik und die Begleitaktionen tun den Hochschulen und der Politik weh. Vor diesem Hintergrund sind höchstwahrscheinlich auch die Bemühungen Krachs und der Hochschulen um das erwähnte Vermittlungsgespräch zu interpretieren. Die studentischen Beschäftigten haben den Arbeitskampf auf die nächste Eskalationsstufe getragen und Hochschulen und Politik sind darüber gar nicht happy.

Jetzt befinden sich die studentischen Beschäftigten in einer ganz entscheidenden Phase, denn die Hochschulen sind angezählt, deshalb aber umso gefährlicher. Zwar gibt es weiter Zulauf für die Streikenden unter den SHKs und auch die Zahl

der Gewerkschaftseintritte nimmt immer noch zu, aber die Hochschulen spielen weiter auf Zeit, während das Semesterende näher kommt. Ein weiterer Verhandlungstermin sollte den studentischen Beschäftigten nach dem Vermittlungsgespräch spätestens am Montag dieser Woche übermittelt werden, aber am Mittwoch riefen die Gewerkschaften GEW und ver.di eine Verlängerung des Streiks aus: Weil es immer noch keinen Verhandlungstermin gab (was sich inzwischen geändert hat). Für uns ist die Verschleppungstaktik ein klares Signal, dass der Druck im Kessel noch erhöht werden muss. Nur durch den Streik und die flankierenden Aktionen sind wir da angekommen wo wir stehen - die Mittel wirken also und werden uns mit etwas Konsequenz auch einen erfolgreichen Abschluss einbringen.

Auch die FAU hat mit zu den Streiks der studentischen Beschäftigten aufgerufen. Obwohl die TV Stud Kampagne eng mit ver.di und der GEW verknüpft ist, wird sie von der Basisgewerkschaft auf vielen Ebenen unterstützt. So supportet die FAU ihre kämpfenden Mitglieder mittels Streikgeldersatz – ein außergewöhnliches Modell der gewerkschaftlichen Kooperation. Aber die TV-Stud-Kampagne ist auch ein außergewöhnlicher Arbeitskampf. Denn der riesige Arbeitskampf hat sich immer wieder nach basisgewerkschaftlichen Prinzipien aufgestellt. Die dezentralen Streikgruppen an den einzelnen Hochschulen und die berlinweiten Streikversammlungen nehmen

großen Einfluss auf die Richtungsentscheidungen der Kampagne, auch wenn das dann im Nachhinein manchmal gegen die Gewerkschaftsbürokratien erkämpft werden muss. Aber ohne den Druck der Kampagnenbasis hätte es vielleicht nie mehr als einzelne Warnstreiktage gegeben. Trotz der Widersprüche, die die Kampagne plagten – zwischen organisiertem Gewerkschaftsapparat und basisgewerkschaftlicher Struktur der Kampagne, zeigen die Streikenden immer wieder: Wenn wir uns nur zusammenschließen und die Dinge selber in die Hand nehmen, können wir etwas erreichen.

Bildungssektion der FAU Berlin
(Quelle: <https://berlin.fau.org/news/neues-vom-streik-an-den-unis>)



Ist eine Einigung in Sicht, von wem?
TVStud-Streik: Ist das die Einigung, die wir wollen?

Woher kommt das maue Einigungspapier, das zwischen verdi, GEW, Hochschulen und Berliner Senat erarbeitet wurde?
<https://berlin.fau.org/news/tvstud-streik-ist-das-die-einigung-die-wir-wollen>

Ein wenig Geschichte in eigener Sache

Vor 25 Jahren: Erste Piranja-Sichtung in Bielefeld

Anfangs sollte es nur ein Flugblatt werden, doch dann wurde der Text länger als geplant und am Ende kam ein vierseitiges „Informationsblatt“ dabei heraus. Gleichzeitig entstand die Idee, solche Informationsblätter regelmäßig herauszubringen, wofür ein einheitlicher und wiedererkennbarer Titel benötigt wurde. Die „Piranja“ war geboren, in Anspielung auf den kleinen, eher harmlosen Tropenfisch, der aber in großen Gruppen selbst übermächtige Gegner zur Strecke bringen kann – ein Symbol dafür, was man mit Kooperation und Angriffslust erreichen kann.

Unmittelbarer Anlass war die Drohung der Stadt Bielefeld, arbeits- und obdachlose SozialhilfeempfängerInnen vermehrt zu „gemeinnütziger Arbeit“ heranzuziehen. Diese „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (später bürgerte sich die eher unzutreffende Bezeichnung „Ein-Euro-Job“ ein) hatten einen offensichtlichen Zwangscharakter: die Betroffenen hatten keine Rechte, sie bekamen keinen Lohn (eine „Mehraufwandsentschädigung“ ist keine Bezahlung), und vor allem wurden sie mit der Drohung zur Arbeitsaufnahme genötigt, ihnen im Weigerungsfall den Lebens-

unterhalt zu entziehen (das gibt es alles heute noch, vgl. § 31, Sozialgesetzbuch II). Kurzum, es handelt(e) sich sehr wohl um eine Form von Zwangsarbeit, auch wenn sie nicht mit vorgehaltener Waffe und viel Stacheldraht drumherum geleistet werden musste.

Im Anschluss an die Darlegung der Fakten diskutierten wir die „Möglichkeiten zur Gegenwehr“ seitens der Betroffenen. Da juristisch wenig auszurichten war, konzentrierten wir uns gleich auf die praktischen Möglichkeiten, sprich „Krankfeiern“ und „Sabotage“, um die Kosten für die „Anbieter“ solcher „Ar-

beitsgelegenheiten“ in die Höhe zu treiben und diese damit unattraktiv zu machen. Allerdings erwogen wir auch die Möglichkeit, dass Betroffene, also in erster Linie Obdachlose, „konkrete Gegenangebote“ machen, also den „Zwang“ durch „Eigeninitiative“ kontern: „Wenn schon Arbeit, dann eine, die man selbst bestimmt und die einem selbst zugute kommt. Zum Beispiel verfügen die meisten Obdachlosenunterkünfte über keine Gemeinschaftsräume, obwohl Dachboden und Keller häufig ungenutzt sind. Wenn die Stadt Werkzeug und Material zur Verfügung stellen würde, könnten diese

leicht zu Hobby-, Party- oder Kinderspielräumen umgebaut werden.“

Die Verteilung der ersten *Piranja* im August 1993 erregte Aufsehen, um nicht zu sagen, Anstoß. Im *Westfalenblatt* verwendete der damalige Chefredakteur (und heutige Schreiber für die Nazipostille *Junge Freiheit*) Rolf Dressler höchstpersönlich eine halbe Zeitungsseite darauf, unsere Vorschläge weitgehend korrekt und in langen Zitaten wiederzugeben. Unverhofft erreichten wir also eine Verbreitung, die wir mit unseren eigenen, bescheidenen Mitteln nie hätten erzielen

können. Das war natürlich nicht die Absicht des Verfassers, sondern wurde wohl eher billigend in Kauf genommen, um ein politisch unliebsames Projekt wie das Umweltzentrum unter Beschuss nehmen zu können. Denn das Umweltzentrum diente uns seinerzeit als Kontaktadresse und erhielt einen städtischen Mietkostenzuschuss, zu dessen Streichung der *Westfalenblattschreiber* ebenso indirekt wie unverhohlen aufforderte. Da zu diesem Zeitpunkt gerade eine „bürgerliche Mehrheit“ (CDU, FDP, BfB) die Stadt regierte, glaubte er die Gelegenheit wohl günstig.

Bloß, was hatte das Umweltzentrum mit der *Piranja* zu tun? Nichts! Was einen hartgesottenen Verschwörungstheoretiker allerdings nicht anfielt. Die FAU wurde kurzerhand zu einem „Netzwerk linker und linksalternativer Organisationen“ aufgeblasen, das sich Ostwestfalen-Lippe zum „Aktionsschwerpunkt“ des Klassenkampfes auserkoren habe. Das war nun als politische Intrige entschieden zu grobschlächtig und zu paranoid... und die ganze Sache verlief im Sande.

(FAU-BI, Aug. 2018)

Websites der FAU wegen Razzia in Dortmund vorübergehend nicht erreichbar

Schwerbewaffnete staatliche Einbrecher dringen im WiLa ein



Aufgrund der Razzia am 4. Juli in Dortmund waren die Websites der FAU über Nacht nicht erreichbar. Die Razzia fand bei unserem Provider dem Wissenschaftsladen (WiLa) in Dortmund statt und wie üblich nahm die Polizei nicht nur Technik mit, sondern hinterließ einiges an Sachschaden. Aus Sicherheitsgründen haben wir unsere Dienste selbstständig offline genommen, nachdem wir von der Razzia erfahren haben. Die FAU war

aber nicht Ziel der Razzia, daher wurden unsere Server nicht beschlagnahmt und konnten nach Ende des Einsatz wieder hochgefahren werden.

Die Polizei gab laut Medienberichten als Anlass für die Razzia an, dass angeblich über einen im Wissenschaftsladen stehenden Server eine Internetseite betrieben wurde, auf dem im "Wikileaks"-Manier geheime Dokumente verbreitet worden seien. Der Verein WiLa bietet verschiedene Internet-Dienste an – zum Beispiel können in seinen Serverräumen Plätze für nichtkommerzielle Server gemietet werden.

Die mit Maschinengewehren bewaffnete Polizei hat zudem nicht nur im Wissenschaftsladen eine Durchsuchung durchgeführt und Gegenstände beschlagnahmt, sondern auch im gesamten Kulturzentrum

Langer August, dessen Räume der WiLa nutzt. Einen Durchsuchungsbeschluss gab es aber nur für die Räume des WiLa.

Im Kulturzentrum sind viele gemeinnützige Organisationen beheimatet, u.a. das Bündnis gegen Rechts, das älteste Schwulen- und Lesbenzentrum Deutschlands KommunikationsCentrum Ruhr, die Ärzte gegen Atomkraft und der lokale Chaos-Computer-Club. Der Einsatz und die Durchsuchung ist nach Ansicht vieler Mieter*innen nicht rechtmäßig.

Wir rufen auf zur Solidarität mit den Betroffenen der Repression!

(Quelle:

http://www.fau.org/artikel/art_1807_05-153605)

Mitglied werden in der FAU Bielefeld

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Nettoverdienstes. Der Mindestbeitrag beträgt 10,- Euro monatlich. Bei ökonomischen Notlagen kann per Antrag der Beitrag gesenkt oder erlassen werden. Jedem Mitglied steht es frei, höhe-

re Beiträge zu zahlen. Die Beiträge können per Dauerauftrag, Bankeinzug oder in bar entrichtet werden. Den vollständigen Antrag gibt es auf: <http://bielefeld.fau.org/files/2016/03/mitgliedsantrag.pdf>

Bitte ausdrucken, ausgefüllt und unter-

schrieben per Post oder persönlich an:

Freie ArbeiterInnen-Union Bielefeld

Metzer Str. 20, 33607 Bielefeld

Web: <http://bielefeld.fau.org/>

Kontoverbindung: FAU Bielefeld

IBAN: DE47 8306 5408 0004 7884 78

Das Allgemeine Syndikat (Gewerkschaft für alle Berufe) in der FAU Bielefeld trifft sich jeden 2. Montag, am 13. und 27. August, um 18.30Uhr, im FAU-Lokal, Metzer Str. 20, Bielefeld

Gewerkschaftliche Beratung: montags, 16.00 – 18.00Uhr

mehr auf unserer Webseite: bielefeld.fau.org

Bibliothek und Archiv: Bücher und Materialien u.a. zu gewerkschaftlichen Kämpfen, Streiks, Arbeiter_innen_bewegung und ihre Geschichte, Syndikalismus, Anarchie in Bewegung